

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1998

Ausgegeben am 19. Februar 1998

Teil III

27. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn über den Austausch von Arbeitnehmern zur Erweiterung der beruflichen und sprachlichen Kenntnisse (Praktikantenabkommen)
(NR: GP XX RV 903 AB 1009 S. 104. BR: AB 5580 S. 633.)

27.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages wird genehmigt.

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Ungarn über den Austausch von Arbeitnehmern zur Erweiterung der beruflichen und sprachlichen Kenntnisse (Praktikantenabkommen)

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Ungarn, von dem Wunsche geleitet, die guten nachbarschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen, zum Zwecke des gegenseitigen Austausches von Praktikanten, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

- (1) Praktikanten im Sinne dieses Abkommens sind Arbeitnehmer, die
 - a) Staatsbürger der Republik Österreich mit Wohnsitz in der Republik Österreich oder Staatsbürger der Republik Ungarn mit Wohnsitz in der Republik Ungarn sind,
 - b) eine Berufsausbildung besitzen oder über vergleichbare berufliche Fertigkeiten verfügen,
 - c) zur Vervollkommnung ihrer Berufs- und Sprachkenntnisse eine vorübergehende Beschäftigung im anderen Staat ausüben und
 - d) bei Aufnahme der Beschäftigung nicht jünger als 18 und nicht älter als 35 Jahre sind.
- (2) Die zuständigen Stellen für die Durchführung dieses Abkommens (weiter „zuständige Stellen“ genannt) sind:
 - a) auf ungarischer Seite:
das Arbeitsministerium der Republik Ungarn;
 - b) auf österreichischer Seite:
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Republik Österreich.
- (3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien können nachgeordnete Dienststellen zur Durchführung dieses Abkommens ermächtigen.
- (4) Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Republik Österreich und das Arbeitsministerium der Republik Ungarn arbeiten bei der Durchführung dieses Abkommens eng zusammen. Zur Erörterung von Fragen, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, wird eine gemischte österreichisch-ungarische Kommission eingesetzt, welche aus je fünf Mitgliedern eines jeden Vertragsstaates besteht. Dieser Kommission gehören auch Vertreter der jeweiligen Interessensvertretungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer an. Die Kommission tritt mindestens einmal im Jahr auf Antrag einer Vertragspartei abwechselnd in der Republik Österreich und in der Republik Ungarn zusammen.

Artikel 2

- (1) Die Dauer der Beschäftigung als Praktikant richtet sich nach den Erfordernissen der angestrebten Ausbildung. Sie beträgt mindestens sechs Monate und höchstens ein Jahr, kann jedoch, sofern es die jeweilige Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zuläßt, bis zu insgesamt 18 Monaten verlängert werden. Die im Artikel 1 Absatz 4 genannte Kommission kann innerhalb dieses Rahmens für bestimmte Berufe eine Mindest- und Höchstdauer empfehlen.

(2) Sofern ein Beschäftigungsverhältnis vorzeitig beendet wird, bemüht sich die zuständige Stelle des Vertragsstaates, auf dessen Gebiet die Beschäftigung ausgeübt wird, den Praktikanten in ein anderes, gleichwertiges Arbeitsverhältnis zu vermitteln.

(3) Arbeitgeber, die einen Praktikanten auf Grund dieses Abkommens beschäftigen, haben der örtlich zuständigen Stelle unverzüglich Beginn und Ende der Beschäftigung sowie deren wesentliche Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Gegenzeichnung des Praktikanten schriftlich zu melden.

Artikel 3

(1) Die Zulassung zur Beschäftigung eines Praktikanten erfolgt durch die zuständige Stelle des Vertragsstaates, in welchem die Beschäftigung ausgeübt werden soll.

(2) Die Beschäftigung eines Praktikanten wird durch einen Arbeitsvertrag gestaltet, den der Arbeitgeber mit dem Praktikanten entsprechend den anzuwendenden Vorschriften des Arbeits- und Sozialrechtes des Vertragsstaates, in dem die Beschäftigung ausgeübt werden soll, abschließt.

(3) Beschäftigungszeiten, die auf Grund einer Zulassung als Praktikant erworben werden, sind auf Beschäftigungszeiten, mit denen auf Grund sonstiger Rechtsvorschriften Berechtigungen zur Ausübung einer Beschäftigung erworben werden, nicht anrechenbar.

(4) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn

- a) Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß keine Beschäftigung nach Maßgabe dieses Abkommens aufgenommen werden soll, oder
- b) keine Gewähr gegeben erscheint, daß bei der Beschäftigung des Praktikanten die am Ort der Beschäftigung anzuwendenden Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlich der sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

(5) Die Rechtswirkungen des Widerrufs treten erst mit jenem Zeitpunkt ein, der sich aus den die Rechte des Praktikanten aus dem Arbeitsverhältnis sichernden gesetzlichen Bestimmungen und Normen der kollektiven Rechtsgestaltung ergibt.

Artikel 4

(1) Praktikanten, die nach diesem Abkommen zur Arbeit zugelassen werden können, richten an die für die Durchführung dieses Abkommens zuständige Stelle ihres Staates ein Vermittlungsgesuch. Die Regeln über das Verfahren im Zusammenhang mit der Ausstellung der Praktikantenbewilligungen werden von den zuständigen Stellen in einer Verfahrensordnung festgelegt und nach Bedarf periodisch überprüft.

(2) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien fördern den Austausch und bemühen sich, eine geeignete Beschäftigung für die Praktikanten zu finden; sie teilen die Ergebnisse ihrer Bemühungen der zuständigen Stelle der jeweils anderen Vertragspartei mit.

Artikel 5

Auf die Beschäftigung eines Praktikanten sind sämtliche Bestimmungen des Arbeitsvertragsrechtes, des Arbeitnehmerschutzrechtes einschließlich der besonderen Rechtsvorschriften über die Beschäftigung von Jugendlichen, des Arbeits- und Betriebsverfassungsrechtes sowie der kollektiven Rechtsgestaltung auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes und sämtliche sozialversicherungsrechtliche Vorschriften des Vertragsstaates, in dem der Praktikant die Beschäftigung ausübt, anzuwenden.

Artikel 6

(1) Die Zahl der Praktikanten, die auf jeder Seite jährlich zugelassen werden kann, wird für das erste Kalenderjahr mit 300 festgesetzt. Die Zahl für die Folgejahre ist unter Bedachtnahme auf allenfalls bestehende Höchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern sowie unter Berücksichtigung der jeweiligen Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes durch Notenwechsel der zuständigen Stellen festzusetzen. Entsprechende Vorschläge sind von der im Artikel 1 Abs. 4 genannten Kommission zu erarbeiten.

(2) Sofern die für ein Kalenderjahr festgesetzte Zahl nicht erreicht wird, werden die nicht in Anspruch genommenen Arbeitsplätze nicht auf das folgende Jahr übertragen. Eine Verlängerung der Dauer der Beschäftigung nach Artikel 2 Abs. 1 gilt nicht als Neuzulassung.

(3) Sofern in einem Vertragsstaat Höchstzahlen für die Beschäftigung von Ausländern bestehen, sind die Zulassungen auf diese Höchstzahlen anzurechnen.

Artikel 7

Die Arbeitsvermittlung im Sinne dieses Abkommens ist kosten- und gebührenfrei. Im übrigen finden hinsichtlich der Kosten und der Entrichtung von Gebühren die Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaates Anwendung.

Artikel 8

Die Verpflichtung der Praktikanten, die in den Vertragsstaaten geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere über die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Fremden, einzuhalten, bleibt von diesem Abkommen unberührt. Die Erteilung der Sichtvermerke geschieht in einem beschleunigten Verfahren.

Artikel 9

Jede Vertragspartei kann die Durchführung dieses Abkommens aus wichtigen Gründen im Hinblick auf die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes vorübergehend ganz oder teilweise aussetzen. Die Aussetzung ist der anderen Vertragspartei unverzüglich auf diplomatischem Wege mitzuteilen. Die Gültigkeit der bereits ausgestellten Praktikantenbewilligung bleibt unberührt. Die Aussetzung des Abkommens kann drei Monate nach der Mitteilung in Kraft treten.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen unterliegt der Genehmigung gemäß den innerstaatlichen Vorschriften jeder Vertragspartei. Es tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, an dem die Vertragsparteien einander schriftlich auf diplomatischem Weg mitteilen, daß die entsprechenden innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Dieses Abkommen gilt für unbestimmte Zeit. Jede Vertragspartei kann es jeweils sechs Monate vor dem Zeitpunkt der beabsichtigten Beendigung schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen.

(3) Die auf Grund dieses Abkommens bereits ausgesprochenen Zulassungen bleiben für den gewährten Zeitraum von einer Kündigung unberührt.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Szombathely, am 26. März 1997, in zwei Urschriften, jede in deutscher und ungarischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Hanns Porias

Für die Regierung der Republik Ungarn:

Dr. Gyula Pulay

EGYEZMÉNY

az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya között a munkavállalók cseréjéről a szakmai és nyelvi ismeretek bővítése érdekében (Gyakornoki Egyezmény)

Az Osztrák Köztársaság Kormánya és a Magyar Köztársaság Kormánya attól a kívánságtól vezérelve, hogy a jószomszédi kapcsolataikat tovább fejlesszék, a gyakornokok kölcsönös cseréje céljából az alábbiakban állapodtak meg:

1. cikk

- (1) Jelen Egyezmény értelmében gyakornokok azok a munkavállalók, akik
- az Osztrák Köztársaság állampolgárai, akik az Osztrák Köztársaságban lakóhellyel rendelkeznek, illetve a Magyar Köztársaság állampolgárai, akik a Magyar Köztársaságban lakóhellyel rendelkeznek,
 - szakképesítéssel vagy megfelelő szakmai jártassággal rendelkeznek,
 - a szakmai és a nyelvi ismereteik tökéletesítése céljából a másik államban átmenetileg foglalkoztatva vannak,
 - a foglalkoztatás megkezdésekor nem fiatalabbak 18 és nem idősebbek 35 évnél.
- (2) Jelen Egyezmény végrehajtásában illetékes szervek (a továbbiakban: „illetékes szervek”):
- magyar részről:
a Munkaügyi Minisztérium
 - osztrák részről:
Szövetségi Munkaügyi-, Egészségügyi- és Szociális Minisztérium.

(3) A Szerződő Felek illetékes szervei az Egyezmény végrehajtására felhatalmazhatnak irányításuk alá tartozó szerveket.

(4) Az Osztrák Köztársaság Szövetségi Munkaügyi-, Egészségügyi- és Szociális Minisztériuma és a Magyar Köztársaság Munkaügyi Minisztériuma Jelen Egyezmény végrehajtásában szorosan együttműködnek. Jelen Egyezmény végrehajtásával összefüggő kérdések megvitatására osztrák-magyar vegyesbizottságot hoznak létre, amely mindegyik szerződő állam öt-öt tagjából áll. Ennek a bizottságnak tagjai a munkaadók és a munkavállalók mindenkori érdekképviselőinek képviselői is. A bizottság valamelyik Szerződő Fél indítványára évente legalább egyszer, váltakozva az Osztrák Köztársaságban és a Magyar Köztársaságban ülésezik.

2. cikk

(1) A gyakornokként történő foglalkoztatás időtartama az elérni kívánt szakképzettség követelményeihez igazodik. Ez legalább hat hónap és legfeljebb egy év, azonban – amennyiben a munkaerőpiac mindenkori helyzete és alakulása lehetővé teszi – mindösszesen 18 hónapra meghosszabbítható. Az 1. cikk (4) bekezdésében megjelölt bizottság, ezen kereten belül bizonyos szakmákra minimális és maximális időtartamokat javasolhat.

(2) Ha a foglalkoztatási viszony idő előtt megszűnik, akkor a szerződő állam illetékes szerve, amelynek területén a foglalkoztatás történik, törekszik arra, hogy a gyakornoknak egy másik, egyenértékű munkaviszonyt közvetítsen.

(3) A munkaadók, akik Jelen Egyezmény alapján gyakornokot foglalkoztatnak kötelesek a helyileg illetékes szervnek a foglalkoztatás kezdetét és végét, valamint annak lényeges bérezési és munkafeltételeit a gyakornok ellenjegyzésével, haladéktalanul írásban bejelenteni.

3. cikk

(1) A gyakornok foglalkoztatását annak a szerződő államnak az illetékes szerve engedélyezi, ahol a foglalkoztatás történik.

(2) A gyakornok foglalkoztatását munkaszerződés szabályozza, amelyet a munkadó a gyakornokkal annak a szerződő államnak a megfelelő munkaügyi és szociális jogi előírásai szerint köt, ahol a foglalkoztatás történik.

(3) A gyakornok által az engedély alapján munkában töltött időt nem lehet beszámítani olyan foglalkoztatási időbe, amellyel egyéb jogi előírások alapján foglalkoztatásra jogosultság szerezhető.

(4) Az engedélyt vissza kell vonni, amennyiben

- a) tények igazolják azt a feltételezést, hogy nem Jelen Egyezmény szerinti foglalkoztatásra kerül sor vagy
- b) nem látszik biztosítottnak, hogy a gyakornok foglalkoztatásánál betartják a foglalkoztatás helyén alkalmazandó bér- és munkafeltételeket, ideértve a társadalombiztosítás jogi előírásait is.

(5) A visszavonás jogi következményei csak attól az időponttól érvényesülnek, amely a gyakornok jogait biztosító kollektív jogalkotás törvényes előírásaiból és normáiból adódik.

4. cikk

(1) A gyakornokok, akiknek Jelen Egyezmény alapján munkavállalás engedélyezhető a saját államukban az Egyezmény végrehajtására illetékes szervnél nyújtják be közvetítési kérelmüket. A gyakornoki engedélyek kiállításával összefüggő eljárás szabályait az illetékes szervek aljárési rendben rögzítik és szükség szerint, időszakonként felülvizsgálják.

(2) A Szerződő Felek illetékes szervei támogatják a cserét és törekszenek a gyakornokok számára alkalmas foglalkoztatást találni; fáradozásaik eredményéről tájékoztatják a másik Szerződő Fél illetékes szervét.

5. cikk

A gyakornok foglalkoztatására alkalmazni kell azon szerződő állam valamennyi munkaszerződésjogi és munkavédelmi jogi rendelkezését, beleértve a fiatalok foglalkoztatására, a munkajogra és a munkavállalók üzemi részvételi jogára, valamint a munkajog területén alkalmazott kollektív jogalkotásra vonatkozó külön jogi előírásokat és a társadalombiztosítási jog valamennyi előírását, ahol a gyakornok foglalkoztatására sor kerül.

6. cikk

(1) Az évente engedélyezett gyakornokok számát az első naptári évre 300 főben állapítják meg. Ezt a számot a következő évekre, figyelembevétel a külföldiek foglalkoztatására adott esetekben fennálló

maximális számokat, valamint tekintettel a munkaerőpiac mindenkori helyzetére és fejlődésére, az illetékes szervek jegyzékváltás útján rögzítik. Az erre vonatkozó javaslatokat az 1. cikk (4) bekezdésében megnevezett bizottságnak kell kidolgoznia.

(2) Ha a naptári évre rögzített számot nem merítik ki, az igénybe nem vett munkahelyek száma nem vihető át a következő évre. A foglalkoztatás időtartamának a 2. cikk (1) bekezdése szerinti meghosszabbítása nem számít új engedélynek.

(3) Amennyiben valamelyik szerződő államban a külföldiek foglalkoztatására keretszámokat állapítanak meg, abban az esetben az engedélyeket ebbe a keretszámba be kell számítani.

7. cikk

Jelen Egyezmény értelmében folytatott munkaközvetítés költség és illetékmentes. Minden más esetben a költségek és az illetékek vonatkozásában az adott szerződő állam jogi előírásait kell alkalmazni.

8. cikk

A gyakornokoknak a szerződő államokban érvényes jogszabályok betartására – különös tekintettel a külföldiek beutazására, tartózkodására és kiutazására – vonatkozó kötelezettségét ez az egyezmény nem érinti. A vízum kiadása gyorsított eljárásban történik.

9. cikk

A Szerződő Felek Jelen Egyezmény végrehajtását a munkaerőpiac helyzetére és fejlődésére való tekintettel fontos okokból átmenetileg, teljesen vagy részben felfüggeszthetik. A felfüggesztést a másik Szerződő Féllel diplomáciai úton haladéktalanul közölni kell. A már kiadott engedélyek érvényessége változatlan marad. Az egyezmény felfüggesztése a közléstől számított 3 hónap után léphet életbe.

10. cikk

(1) Jelen Egyezményt mindkét Szerződő Fél a belső állami rendelkezései szerint hagyja jóvá. Az Egyezményt a hónapot követő harmadik hónap első napján lép hatályba, amikor a Szerződő Felek írásban, diplomáciai úton közlik egymással, hogy a hatálybalépéshez szükséges belső állami feltételek teljesültek.

(2) Jelen Egyezmény határozatlan időre szól. A Szerződő Felek azt mindenkor hat hónappal a tervezett megszüntetést megelőzően írásban, diplomáciai úton mondhatják fel.

(3) Jelen Egyezmény alapján kiadott engedélyek érvényességi idejét a felmondás nem érinti.

ENNEK HITELELÉÜL a meghatalmazottak az egyezményt aláírták és pecsétjükkel ellátták.

KÉSZÜLT Szombathelye 1997 03. 26.-n két eredeti példányban, mindegyik német és magyar nyelven. Mindkét nyelvű szöveg egyaránt hiteles.

Az Osztrák Köztársaság Kormánya nevében:

Dr. Hanns Porias

A Magyar Köztársaság Kormánya nevében:

Dr. Gyula Pulay

Die Mitteilungen gemäß Art. 10 Abs. 1 des Abkommens wurden am 4. August 1997 bzw. 28. Jänner 1998 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 10 Abs. 1 mit 1. April 1998 in Kraft.

Klima